Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 3 Mark 50 Pfge., durch die Post 3 Mark 75 Pfge. Einzel-Numm. 10 Pfge.

Auflage 35000 Exempl.

Für Rückgabe eingesendeter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annoncen-Annahme auswärts: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

Inserate werden Marienstrasse 13 bis Abds. 6 Uhr angenommen. Sonntags bis Mittags 12 Uhr. Zu Neustadt nur an Wochentagen: pt. Klostergasse Nr. 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postanweisung. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

Koppel & Co.,
Bankgeschäft,
jetzt
Schloss-Strasse 19,
Ecke der Sporergasse.

An- und Verkauf aller **Staatspapiere, Pfandbriefe, Actien** etc. Auszahlung aller Coupons. Unentgeltliche **Controle** der **Verloosung** aller Werthpapiere. Alles auch auf brieflichem Wege.
Domicilstelle für Wechsel.

Nacht-Telegramme.

Straßburg, 19. April. Der Bischof suchte um die staatliche Genehmigung bei Anstellung der Lehrer für das in Zillisheim eröffnete Knabenseminar nach und erhielt dieselbe vom Statthalter.

Wien, 19. April. Das „Correspondenzbureau" bestreitet, daß der Ministerrath eine mit der parlamentarischen Situation zusammenhängende Beschließung getroffen habe. Vor der Erledigung des Budgets sei keine diesbezügliche Entschließung zu erwarten.

Otto Wolff,
Patent-Anwalt
Schloss-Strasse 12, I.

Besorgung und Verwerthung von **Patenten** im In- und Auslande.
Registrirung von **Fabrikmarken** und **Musterschutz.**
Auskünfte über alle Patent-Angelegenheiten.

Nr. 111. 25. Jahrg. 1880. Witterungsaussichten: Warm, Bewölkung wechselnd, vielf. heiter, Neigung zu Gewittern. **Dresden. Dienstag, 20. April.**

Politisches.

Stürmische Scenen, aufreizende Reden hatte man von der Berathung des Sozialistengesetzes erwartet; statt dessen ist Alles fast ruhig abgegangen. Nur beim Beginn der Sitzung, bezüglich der Geschäftsordnung, kam es zu einem lebhaften Auftritte. „Ihr Gefühl für Gleichberechtigung ist abgestumpft!" rief Bebel dem Reichstag zu. Der Unmuth Bebel's ist erklärlich. Um ihre Beschwerden gegen die Handhabung des Sozialistengesetzes ausführlich erheben zu können, wollten die Sozialdemokraten ein schlau ersonnenes Manöver ausführen. Von den 8 Sozialdemokraten brachten je Einer zu 8 verschiedenen Paragraphen des Gesetzes je einen Antrag auf Beseitigung. Bebel selbst gab zu, daß diese Form des Einbringens von Anträgen „auffällig" sei; sie könnten aber, meinte er, nicht anders, wollten sie überhaupt gründlich verfahren. Der Reichstag gebrauchte aber seine Macht und, die Geschäftsordnung nicht gerade sehr glimpflich anwendend, verkürzte er die Rechte von sieben anderen Antragstellern, sie zu einer Art von „Viceabgeordneten" machend, indem er nur den einen zur Begründung seines Antrages zuließ. Bei einem Ausnahmegesetze, wie das Sozialistengesetz überhaupt es ist, tritt eben überall die Anwendung des formellen Rechtes vor den Geboten der Zweckmäßigkeit in den Hintergrund. Die Sozialdemokratie täuscht sich selbst nicht länger mehr über diese Lage. Ihre Vertreter im Reichstage wehrten sich nicht sehr heftig gegen das Schicksal, das, wie sie einsehen, sie nicht abzuwenden vermögen. Wenn sie sich bisher mit der Hoffnung schmeichelten, am 21. April des Jahres 1881 würde der schwere Bann dieses Gesetzes von ihnen genommen werden und sie könnten 1881 da wieder anfangen, wo sie 1878 aufhören mußten, so haben sie jetzt diese Hoffnung wohl als trügerisch erkannt. Ihre Presse wird nicht wieder auferstehen, ihre Vereine nicht neu aufleben, ihre Organisation bleibt zerrissen, ihre Agitation niedergehalten. Der Reichstag verlängert das Gesetz nicht, wie es die Vorlage verlangte, bis zum 31. März 1886, sondern nur bis zum 30. September 1884, aber, wie Windthorst darlegte, auch an dem verkürzten Termine wird das Gesetz nicht außer Kraft treten, sondern man wird es dann abermals verlängern Denn bis dahin wird die sozialdemokratische Bewegung nicht beendet sein. Warum bestimmt man also einen Endtermin für ein Gesetz, das man doch verlängern will? Um die Regierung zu veranlassen, das Gesetz nur loyal und mit Vorsicht anzuwenden, damit man ihr die Verlängerung nicht verweigere. Die Sozialdemokratie empfindet an Leib und Gliedern die tiefgreifende Wirkung des Sozialistengesetzes. Das erkannte man deutlich an der Haltung ihrer Vertreter im Reichstage. Was Wiemer, Fritzsche und Hasenclever an Beispielen von merkwürdigen Einzelfällen gesetzwidriger Anwendung des Sozialistengesetzes beibrachten, machte auf den Reichstag wenig Eindruck. Die Berichte über Unterdrückung selbst harmloser Zeitungen dieser Partei, über Auflösungen von Hilfskassen, die unter Anderem auch recht löbliche Unterstützungszwecke verfolgen, über Verbote von Versammlungen, worin Redner dieser Partei vielleicht maßvoll auftreten, ließen den Reichstag ziemlich kalt.

„Das Sozialistengesetz", schreibt die „Nat.-Ztg.", „ist ein dunkler Fleck in der deutschen Gesetzgebung, aber er wird sich nur entfernen lassen, wenn die gefährliche Tendenz verschwindet, welche zu dem Gesetze gezwungen hat". Daß der Staat nach seinen Machtmitteln greift, um sich der drohenden Gefahr zu erwehren, kann ihm nur der Unverstand zum Vorwurfe machen. Der Staat wird in der Zerstörung der sozialdemokratischen Agitation fortfahren. Nach einer mehr als siebenjährigen Wirksamkeit des Sozialistengesetzes ist ein anderes Geschlecht herangewachsen, als das, was jetzt den Agitatoren zur Verfügung steht. Allerdings mit der bloßen Abwehr ist es nicht gethan und die positiven Maßregeln des Staates zur Besserung der volkswirthschaftlichen Zustände schlagen leider nur ein langsames Tempo ein. Wie schwierig ist es, die Frage der Alters-Invaliden- und sonstiger Hilfskassen der Arbeiter auch nur ein Stückchen zu fördern. Die Verbesserungen an der Gewerbeordnung stoßen bei jedem Schritte auf Hindernisse! Die Schutzzölle, welche den Arbeitern reicheren Verdienst geben sollen, thun dies nur zum Theil und durch Erhöhung der indirekten Steuern wird der Mehrverdienst sofort wieder verschlungen. Nur das Wuchergesetz ist ein ernstlicher Schritt zur Besserung der volkswirthschaftlichen Zustände. Freilich, die Sozialdemokratie weigert sich stets, bei solchen wirklichen Verbesserungen mitzuhelfen. Bebel stellte alle Bemühungen in dieser Richtung als lächerlich dar. Er drohte mit der Gewalt und warf am Schlusse der Sitzung die bisher klug vorgehaltene Maske der Mäßigung von sich. „Die herrschenden Klassen dürften eines Tages schlecht unter der Macht der erbitterten Proletarier wegkommen!" rief er drohend aus. Nun, eben um dieser Gefahr zu begegnen, dazu hat sich der Staat mit den Waffen des Sozialistengesetzes ausgerüstet. Die wirklichen Arbeiter leiden nicht unter demselben, nur die Agitatoren empfinden seine Schwere und Wucht. „Wenn aber", sagt die „Nat.-Ztg.", „die sozialdemokratischen Agitatoren wirklich die politische Stellung der Arbeiter und nicht ihre eigene im Auge haben, so haben sie ein einfaches Mittel, das zu zeigen: Sie mögen von der öffentlichen Bühne zurücktreten, für praktische, auf dem Gebiete der Gesetze berechtigte Bestrebungen Platz machen, sie mögen den Arbeitern gestatten, ihre wichtigsten und nächstliegenden Angelegenheiten ohne revolutionären Beigeschmack zu betreiben; dann werden sich alle Parteien beeilen, mit diesem Gesetze aufzuräumen. Wollen sie das nicht, so wollen sie offenbar den sozialen Krieg fortsetzen und sie müssen die Consequenzen davon auf sich nehmen".

Es wird immer wahrscheinlicher, daß Gladstone als Premierminister an die Spitze des neuen englischen Kabinets tritt. Seine Freunde drängen heftig in ihn, namentlich bestürmen ihn die entschiedneren Liberalen, seine großen geistigen Kräfte als leitender Staatsmann dem Vaterlande dienstbar zu machen. Gladstone wird sich diesem Drängen nicht entziehen können. Die Königin Victoria muß ihre Abneigung gegen ihn überwinden. Sie wird ihre Unterschrift nicht versagen dürfen, wenn er sie zu Gesetzen fordert, welche tiefgreifende Verwaltungsreformen im Innern anbahnen. Ueber seine künftige Politik nach außen verhält sich Gladstone viel schweigender als noch vor Kurzem. Kann er sich nicht mit allgemeinen Phrasen helfen, so schweigt er lieber ganz. Seine Freunde aber berichten: sein Programm in der orientalischen Frage sei „die Vereinigung aller Nationalitäten auf der Balkan-Halbinsel zu einem Staatenbunde mit Ausschluß Oesterreichs". Der erste Theil dieses Programms ließe sich wohl hören, der Ausschluß Oesterreichs aber von diesem Staatenbunde bedeutete den Verzicht Oesterreichs auf das kaum eroberte Bosnien und die Herzegowina. Dazu aber kann sich der Kaiserstaat, ohne als Großmacht abzudanken, nicht freiwillig entschließen. Gladstone's Orientpolitik hat also eine deutlich erkennbare Spitze gegen Oesterreich. Es ist, namentlich nach den scharfen Angriffen, die sich Gladstone als Wahlkandidat gegen Oesterreichs Monarchen und die Monarchie erlaubte, sehr begreiflich, wenn der österreichische Botschafter in London, Graf Karolyi, um seine Versetzung auf einen anderen Posten bittet, falls Gladstone ins Ministerium tritt. Wäre der Kaiserstaat in London durch einen wirklichen Staatsmann, wie Graf Beust, vertreten gewesen, der seine Verbindungen sowohl mit den Whigs als den Tories hat, und nicht durch einen der vielen hochfahrenden, aber wenig tauglichen Ungarn, die jetzt in Oesterreich das große Messer führen, so würde kein Whig sich so beleidigend über den Kaiser von Oesterreich ausgesprochen haben und das ganze Verhältniß Oesterreichs zu England sich freundlicher gestalten. Im Uebrigen darf man von einem Manne wie Gladstone, der sein langes Leben hindurch nur für Erhaltung des Friedens und Enthaltung Englands von der Einmischung in die Verhältnisse des Kontinents thätig war, nicht besorgen, daß er nunmehr eine kriegerische Politik einschlägt. Die Berliner Offiziösen bekennen jetzt selbst, daß auch Deutschland mit dem Whig-Kabinet wird auskommen können und die Norddeutsche Allgemeine Zeitung bereut ihre Unbesonnenheit, mit der sie vor 3 Wochen schrieb, daß der Wahlsieg der Whigs „irgend wo" Krieg bedeute. Wenn doch alle Staatsmänner sich mehr um die Verwaltung im Innern kümmerten!

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 19. April. Kaiser Wilhelm unternimmt doch noch die Reise nach Wiesbaden zum Frühjahrsaufenthalt bis zum 11. Mai. — Man erwartet das Erscheinen des Fürsten Bismarck im Reichstage am Donnerstag, wo über Richter's Antrag gegen das Tabaksmonopol verhandelt werden soll. — In der Sonntagsnacht wurde der Wachtposten im kgl. Schlosse hier durch Betrunkene insultirt; er schoß und traf eine junge Dame, die erheblich, wenn auch nicht lebensgefährlich, verletzt wurde. — Der König von Siam trifft Mitte Juni hier zum Besuche ein.

Berlin, 19. April. Reichstag. Neu eingetreten: Virchow. In fortgesetzter 2. Berathung des Socialistengesetzes begründete Dr. Windthorst seinen Antrag auf Beschränkung des kleinen Belagerungszustandes auf die Hauptstadt Berlin oder deren 4meiligen Umkreis. Man müsse solche Maßregeln auf das Allernothwendigste beschränken. Referent Dr. Marquardsen für die Vorlage, da es wünschenswerth werden könne, auch anderorts derartige Maßregeln zu verhängen. Kayser beantragte Wegfall des ganzen § 28, welcher Ausnahmemaßregeln für durch socialistische ꝛc. Bestrebungen gefährdete Orte gestattet. Die persönliche Sicherheit sei in Berlin durch den Ausnahmezustand nichts weniger als gefördert worden. Eine Regierung mit gutem Gewissen habe keine Ursache, immer nur Gefahren um sich zu sehen. Wo sei denn in Berlin Aufruhr gewesen? Warum habe man denn den bekannten Käsehändler nicht ausgewiesen, der neulich durch sein Verfahren Excesse verursacht habe? Durch das Socialistengesetz treibe man die Leute blos zu Conflikten mit anderen Gesetzen. Man vernichte die Existenz einzelner Personen, ohne der socialdemokratischen Sache zu schaden. Minister Graf v. Eulenburg: Der Druck und Terrorismus, der durch die Socialdemokraten auf die Berliner Bevölkerung ausgeübt worden sei, habe zu den fraglichen Maßregeln geführt. Die Verhältnisse hätten sich noch nicht so geändert, daß es nicht mehr Pflicht der öffentlichen Gewalt sei, die Bevölkerung gegen die socialdemokratischen Beunruhigungen sicher zu stellen. Nicht um eine Pression auf die übrigen Bundesstaaten auszuüben, sondern aus Besorgniß, daß sich auch für andere Orte Ausnahmemaßregeln nöthig machen könnten, wünsche die preußische Regierung Aufrechterhaltung des § 28 in seiner jetzigen Fassung. Die Anträge Kayser's und Windthorst's wurden abgelehnt; § 28 bleibt also unverändert. Die Kommission beantragt eine Erläuterung der Bestimmung, wonach Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu besorgen, der Aufenthalt in den Bezirken oder Ortschaften versagt werden kann. Diese Bestimmung soll auf Mitglieder des Reichstags oder einer gesetzgebenden Versammlung, die sich am Sitze dieser Körperschaften während der Session derselben aufhalten, keine Anwendung finden. Nach Ablehnung eines erweiternden Zusatzantrages von Sonnemann wurde vorstehende Erläuterung beschlossen. Weiter schlägt die Kommission vor: das Gesetz bis zum 30. September 1884 zu verlängern. v. Ludwig beantragt Ausdehnung des Gesetzes auf alle die Bestrebungen, welche, auch ohne sich als spezifisch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische darzustellen, in analoger Weise die Untergradung der christlichen und monarchischen Grundlagen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezwecken. v. Marschall wünschte, daß man den berechtigten Anforderungen der Arbeiter mehr entgegenkommt, konnte aber die sozialistischen Forderungen nicht als berechtigt anerkennen. Er bestritt, daß das Gesetz auch auf andere Bestrebungen, als die darin genannten, Anwendung finden könne. Bezüglich des Münchener Vorganges empfahl er der Volkspartei im Interesse ihrer Ausbreitung, etwas weniger „höflich" gegen die Sozialdemokraten zu sein. Das Gesetz an sich sei unzureichend; auf humanitärem und religiösem Gebiete sei der Boden, auf dem die Sozialdemokratie zu bekämpfen sei. (Inzwischen hat Abg. Ackermann den Vorsitz übernommen.) Dr. Windthorst: Durch das Gesetz werde das Uebel verschärft. Wenn Hilfskassen aufgelöst worden, so hätte man auf andere Weise Ersatz schaffen müssen. Die Regierung habe die christlich-sozialen Bestrebungen nicht unterstützt, die in katholischen Gebieten am erfolgreichsten hervorgetreten. Der Unterricht müsse auf bessere Bahnen gestellt werden. Wenn der Kulturkampf fortgeführt werde, fördere man die Sozialdemokratie, die überhaupt durch den Liberalismus kräftigst gefördert worden sei. Abgeordneter Stumm entgegnet, der Vorredner und seine Freunde hätten es ja in der Gewalt, den Kulturkampf zu beenden. Er hätte gewünscht, daß das Gesetz auf 7 Jahre verlängert worden wäre, verzichtet aber auf einen Antrag und ersucht um baldige Unterbreitung einer Vorlage über die Versorgung der kranken und invaliden Arbeiter und deren Wittwen und Waisen. Die Sozialdemokratie sei keine Partei, sondern eine Krankheit. Abgeordneter von Ludwig befürwortete seinen Antrag. Wer einen Tropfen konservativen Blutes im Leibe habe, müsse eigentlich dafür stimmen. Es bedürfe eines energischen konsequenten Vorgehens gegen die ganze liberale Gesellschaft. Der Präsident ruft ihn zur Ordnung, da er die Person des Kaisers in die Debatte zog, und zur Sache, da er sich ausgedehnt über Börsengeschäfte verbreitete. Minister Graf v. Eulenburg: Die verbündeten Regierungen seien mit dem Antrage v. Ludwig nicht einverstanden. Es gebe zwar noch andere gegen den jetzigen Staat gerichtete Bestrebungen, die sich indeß nicht durch Gewaltmaßregeln, sondern durch Discussion und andere Propaganda zu verwirklichen suchten. Der Minister hat über die sämmtlichen von den sozialdemokr. Abgeordneten aufgestellten Behauptungen wegen der Ausführung des Gesetzes, Uebergriffe der Polizei u. s. w. Untersuchungen angestellt und die Behauptungen in allen wesentlichen Punkten für unbegründet befunden. Nachdem der Abg. von Ludwig seinen Antrag zurückgezogen, wurde die Verlängerung des Sozialistengesetzes bis zu oben genanntem Termin ausgesprochen. Eine Petition aus Berlin ausgewiesener Sozialisten wurde, soweit sie sich über einen Erlaß des Berliner Polizei-Präsidiums beschwert, dem Reichskanzler zur Berücksichtigung empfohlen, in der Erwägung, daß die Sammlung von Beiträgen ꝛc. für solche Personen, denen durch Ausführung des Sozialisten-Gesetzes der Ernährer entzogen worden ist, nicht unter das Gesetz gehört.

Wien, 19. April. Die verfassungstreuen Minister v. Stremayr und v. d. Horst (Justiz und Landesvertheidigung) überreichten dem Premierminister Grafen Taaffe ihre Entlassung, die dieser jedoch nicht annahm.

London, 19. April. In Indien hat eine Schaar Pathons einen Offizier und ein Detachement des 19. Regiments der Bombay-Armee jenseits Quettah niedergemacht, hält die Straße von Quettah nach Kandahar besetzt und zerstörte die Telegraphenverbindung.

Locales und Sächsisches.

— JJ. MM. der König und Königin kamen am Sonntag Vormittag in Begleitung Sr. Exc. des Herrn Generaladjutanten von Carlowitz und der Königl. Hofdame von Streblen aus nach der Residenz, um in Gemeinschaft mit JJ. KK. HH. Prinz und Prinzessin Georg nebst deren Kindern dem Gottesdienste in der katholischen Hofkirche beizuwohnen. Hierauf nahm Se. Majestät noch die Vorträge deren Hofchargen ꝛc. entgegen und ertheilte einige Audienzen. Auch gestern Vormittag kam Se. Maj. der König wieder von Strehlen in das königl. Schloß herein, um mit den Staatsministern zu arbeiten und mehreren Offizieren Audienz zu ertheilen.

— An Stelle des verstorbenen Justizrath Eckardt fungirt jetzt dessen früherer Socius, Herr Advokat Koerner, als juristischer Beistand in den Rechtsgeschäften des Kriegsministeriums.

— An dem Geburtstag Sr. Maj. des Königs steht, wie man uns mittheilt, eine Reihe von Begnadigungen in Aussicht, namentlich von Militärgefangenen.

— Nach mehrtägigem Urlaub ist der hiesige kgl. bayerische Gesandte, Freiherr von Gasser, wieder in Dresden eingetroffen.

— Der Herr Premier- und Kriegsminister Excellenz von Fabrice hat aus Anlaß des Geburtstages Sr. Majestät des Königs zahlreiche Einladungen zu der von ihm am Freitag zu veranstalten Soirée erlassen.

— Von der Schwere des Gewitters, welches vorgestern Nachmittag über Dresden und Umgegend hinzog, hat man in Dresden keine Ahnung haben können. Wieder ist es unser benachbartes Loschwitz gewesen, welches hart betroffen ward. Besonders „im Grunde" hat der zwischen 5 und 6 Uhr niedergegangene wolkenbruchartige Regen große Verwüstungen angerichtet. Die Gemeinde wird schwer geschädigt dadurch, daß die vor zwei Jahren mit einem Kostenaufwand von über 200,000 Mark erbaute Bachregulirung wieder durch die von den Höhen herabgestürzten Wassermassen arg mitgenommen und theilweise zerstört worden ist. Die Bachmauern, zu welchen beim Baue wahre Riesensteine verbraucht wurden, sind theilweise ganz eingefallen und die großen Steine des Bachbettes und der Mauern liegen vom Strome fortgewälzt in großen Massen aufgehäuft, die Bachtreppen zum Wasserschöpfen sind ebenfalls fast alle zerstört worden. Die Mißstimmung der Loschwitzer über die der kostspieligen Bachregulirung mangelnde Widerstandsfähigkeit ist begreiflicherweise nicht gering. Ob eine nicht ausreichend grundhafte Herstellung der Bachsohle und der Futtermauern vorliegt, wird die spezielle technische Untersuchung klarstellen. Der Schaden an den Grundstücken der Einwohner ist auch ganz bedeutend; in vielen Häusern sind die Keller mit Wasser und Sandmassen, welche von den Bergen rapid herniederstürzten, angefüllt; im Gasthof zum weißen Adler drang das Wasser in alle Räume. Von sämmtlichen hochgelegenen Feldern ist der Boden ins Thal geschwemmt und dadurch den Besitzern, welche theilweise schon Kartoffeln u. s. w. gepflanzt hatten, großer Schaden erwachsen. Durch den Hrn. Gemeindevorstand wurden sofort die nöthigsten Rettungsmaßregeln angeordnet, freiwillige Feuerwehr zur Absperrung der Unglücksstellen und zur Uebernahme des Nachtdienstes requirirt und es waren die braven Leute auch sofort zur Hand. Gestern verfügte sich auch Hr. Amtshauptmann Berndt an Ort und Stelle behufs der nöthigen amtlichen Erhebungen. Die Stuben in den Parterrelokalitäten einiger Häuser standen im Nu unter Wasser und die Bewohner mußten nur an ihre eigene Rettung denken. In einem Hause im Grunde waren einige Frauen gerade auf der Mäschemangel beschäftigt, als der Strom, dessen Spur man beim Grundstück 208 heute noch sieht, den Berg herabstürzte und in die Räume eindrang, so daß die Frauen, alle Wäsche im Stiche lassend, in Wahrheit bis an die Hüften durch das Wasser gewaten und so ins Freie gelangt sind. Sehr unangenehm wurden die wegen der schönen Baumblüthe gerade recht zahlreich vertretenen Spaziergänger überrascht, besonders die Damen in manchmal recht primitiver Fußbekleidung scheinen oft nicht in der besten Stimmung zu sein. Auch in Wachwitz hat das Unwetter beträchtlichen Schaden angerichtet; Weinberge und Felder haben die Gewalt der tobenden Wassermassen stellenweise schwer empfinden müssen. Der Dorfbach und der sogenannte Schumannsgraben verwandelten sich in donnernde Sturzbäche und rissen Fels- und Wegetrümmer mit sich fort; in die Reißig'sche Restauration schlug der Blitz.